

**DAS  
FREIE  
FORUM**

**S 205 66F  
ISSN 1432-0223**

**INFORMATIONSDIENST**

MITTEILUNGSBLATT DER GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK E. V.

Nummer 1

60. Jahrgang

Januar/Februar/März 2020

**Der Coronavirus verhindert unseren Kongreß im Mai!**

**Neuer Termin:**

**Ende August 2020 in Mitteldeutschland**

**Im Jahre 2020 wird die GFP 60 Jahre alt.**

**Sie fühlt sich aber deswegen noch lange nicht pensionsreif und wird weiterhin für Meinungs- und Versammlungsfreiheit kämpfen. Neben diesem Jubiläum wollen wir an »30 Jahre deutsche Einheit« erinnern.**

**Genauere Angaben dazu finden Sie in der nächsten Ausgabe des *Freien Forums*.**

Liebe Mitglieder und Freunde der GfP,

im letzten Jahr haben wir hautnah gespürt, was heute »Versammlungsfreiheit« in Deutschland bedeutet. Das Ausschütten übelster Verleumdungen gegen uns hat ein Ausmaß angenommen, das wir nicht mehr tolerieren sollten. Hotelwirte werden bedroht, und aus Angst vor Anschlägen von seiten der »Gutmenschen« werden Termine abgesagt.

**Darum unser Aufruf:**

1. Bereits seit Jahren suchen wir für unsere Tagungen unabhängige und mutige Hotelbesitzer mit entsprechenden Tagungsräumen. Nennen Sie uns bitte Anschriften, damit wir Verbindung mit ihnen aufnehmen können. Unserem bisherigen »sicheren Standort« in Thüringen gilt ein großer Dank, und wir werden ihn auch weiterhin unterstützen.
2. Machen Sie Werbung für die GfP - wir brauchen neue Mitglieder oder/und Förderer unserer Arbeit. Fordern Sie ausreichend Werbematerial im Sekretariat an!

**Der Vorstand bedankt sich vorab für Ihre Unterstützung!**

**Bis Ende August sollte sich die Panik in Deutschland gelegt und auch der Coronavirus beruhigt haben.**

## Der Sündenfall Thüringen

Wie es um die Demokratie in der real existierenden Merkel-brd bestellt ist, zeigten zuletzt die Abstimmungen im Thüringer Landtag. Zuerst wurde mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien in geheimer Wahl der FDP-Mann Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten gewählt, zumal die linken Parteien im Plenum über keine Mehrheit verfügen. Die Tatsache, daß der Liberale mit AfD-Stimmen ins Amt gehievt worden sein muß, führte zu Schnappatmung bei den Altparteien. Die gerade im Ausland weilende Kanzlerin befahl in alter SED-Manner, das ungewünschte, echt demokratisch zustande gekommene Ergebnis nicht anzuerkennen und rasch zu revidieren (»daß dieser Vorgang unverzeihlich ist und deshalb auch das Ergebnis wieder rückgängig gemacht werden muß«). Selbst Oppositionschef Christian Lindner fühlte sich von der Ex-FDJ-Agitatorin angesprochen und reiste sofort nach Erfurt, um Druck auf den frisch gewählten Ministerpräsidenten, seinen Parteifreund, auszuüben, der anfangs keinen Grund sah zurückzutreten.

Der überraschend gescheiterte Ex-Ministerpräsident Bodo Ramelow von der Linken heuchelte Altruismus: »Ich hatte im Moment der Entscheidung Tränen in den Augen, ich mußte an die Überlebenden und die Kränze in Buchenwald denken, dem ehemaligen Konzentrationslager in Thüringen.« Weiß eigentlich Ramelow, daß dieses Lager auch noch viele Jahre nach 1945 in Betrieb war, wo die Kommunisten Regimegegner gefangen hielten? Er ist nämlich Repräsentant der Partei, die als Nachfolgeorganisation der SED fungiert und nach wie vor Kommunisten und ehemalige Stasi-Leute in ihren Reihen hat. Eine Distanzierung von den Verbrechen des ostzonalen Regimes brachte bislang fast kein Linken-Politiker über die Lippen! Der Leiter der Thüringer Staatskanzlei, Benjamin Immanuel Hoff (Linke), geiferte in Richtung Kemmerich: »Sie müssen damit leben, ein Ministerpräsident von Gnaden derjenigen zu sein, die Liberale, Bürgerliche, Linke und Millionen weitere in Buchenwald und anderswo ermordet haben.«

Und die Ultralinke Katja Kipping giftete: »Der Schulterschuß von CDU und FDP mit AfD zeigt: Die Republik ist in Gefahr. (...) Unser Land wird von einer Partei regiert, die offenbar nicht auf dem antifaschistischen Konsens des Grundgesetzes steht.« Hier verwechselte Kipping wohl die ›DDR‹-Verfassung mit dem Grundgesetz! Sogar CSU-Chef Markus Söder stimmte in den Antifa-Chor ein und bewies damit seine mangelnde demokratische Reife: »Ich glaube nicht, daß Thüringen jetzt mit dem heutigen Tag regierungsfähiger geworden ist. Das Beste und Ehrlichste wären klare Neuwahlen. (...) Es ist ein inakzeptabler Dammbruch, sich mit den Stimmen der AfD und sich gerade mit den Stimmen (sic!) von Herrn Höcke zum Ministerpräsidenten wählen zu lassen.«

Das System war erst zufrieden, als sich die CDU als politische Hure der Linken mißbrauchen ließ und nach Kemmerichs Rücktritt bei der neuerlichen Abstimmung im Plenum durch Enthaltung dem linken Ramelow in den Sessel verhalf.

Die FDP hatte gar nicht an der Abstimmung teilgenommen und so ihre Überflüssigkeit eindrucksvoll dokumentiert. Die mitteldeutschen katholischen Bischöfe lobten die »klaren Verhältnisse« und entpuppten sich somit als lernunfähige Blockflöten und perverse Kommunistenfreunde. Diese Schmierenkomödie zeigte eindrucksvoll, welchen Stellenwert die Demokratie in Merkel-Deutschland noch hat. ■

### **CDU zwischen Industrielobby und linkem Zeitgeist**

Neben der SPD befindet sich eine weitere frühere Volkspartei, nämlich die CDU, im stetigen Niedergang. Dies zeigt sich im Gegensatz zur alten Genossenpartei weniger am Schwund der Wählerschaft als vielmehr an der moralischen Verkommenheit ihrer führenden Repräsentanten. Ehemalige konservative Positionen gab sie fast ohne Widerstand in den vergangenen Jahrzehnten preis. Hierbei seien nur die Themen Abtreibung, Bildung, Frauenquote, Gender Mainstreaming, Homo-»Ehe«, Einwanderung, EU und nicht zuletzt die Zusammenarbeit mit Linksextremisten angeführt. Unter der einstigen (?) Kommunistin Angela Merkel rutschte die Union in die völlige Beliebigkeit, ja sie wurde zur Zeitgeist-Partei Nr. 1! Konservative wie Edmund Stoiber, Roland Koch und Friedrich Merz traten ab, dafür wurden Gestalten wie Armin Laschet, Ursula von der Leyen, Annegret Kramp-Karrenbauer oder Thomas Strobl hochgeschwemmt. Letzterer koalitiert mit seiner CDU als Juniorpartner in Baden-Württemberg mit dem Ex-Kommunisten Winfried Kretschmann.

Bundeskanzlerin Angela Merkel bei einem Plausch im Bundestag mit Grünen-Chefin Annalena Baerbock. Foto: dpa. Wer CDU wählt, erhält künftig linke Ministerpräsidenten. . . Angela Merkels CDU fällt lieber um und kapituliert vor dem grünen Zeitgeist.



## Kernige Sätze

**Vera Lengsfeld**, von 1990 bis 2005 Mitglied des Bundestags: »Bei der Themensetzung fällt auf, daß die CDU offenbar keinerlei eigene Inhalte mehr hat. Sie übernimmt alles, was ihr die linken Influencer in den Block diktiert haben. Dafür will sie die Bürger mehr »beteiligen«. Woran eigentlich, wenn man selbst nichts mehr zu sagen, keine eigenen Ideen hat?



**Werner J. Patzelt**, von 1991 bis 2019 Professor an der TU Dresden: »Schon zur »rechten Mitte« darf die CDU nicht mehr ausgreifen; das wäre nämlich ein unanständiges »Fischen am rechten Rand«. (in: *Junge Freiheit*, 29.2.20)

Die Zusammenarbeit zwischen CDU und Grünen zeigt, daß die Union mittlerweile mit jedem »kann«. Das Beispiel Thüringen erweiterte diese Erkenntnis sogar. Die Merkel-Gefolgsleute gehen also lieber mit den Epigonen des Mauermordregimes zusammen als mit Vertretern einer Partei, die größtenteils das vertritt, wofür die Union bis in die 1980er Jahre noch stand. Es ist aber auch vielfach die bürgerliche Feigheit, die Politiker von CDU/CSU und FDP davon abhält, Positionen der AfD, die einst von den sog. Parteien der Mitte propagiert wurden, öffentlich zu verteidigen. Statt dessen heult man lieber mit den Zeitgeistmedien und den linken Politikern. Dies führt zu einem Einheitsbrei bei zahlreichen politischen Positionen – von Union über FDP und SPD bis hin zu Grünen und Linken.

Insofern kann man nun wirklich von »Blockparteien« in bezug auf diese Gruppierungen sprechen. Denn die Wahl in Thüringen zeigte, daß von CDU bis Linke alle für einen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow stimmten – direkt oder indirekt per Stimmenthaltung! Dies bedeutet auch, daß linke Positionen nicht nur hof-, sondern auch mehrheitsfähig werden. Dieses Dilemma erkannte auch Friedrich Merz, der das Abgleiten seiner Partei in die Beliebigkeit abbremsen möchte. Als Alter Herr der konservativen CV-Studentenverbindung Bavaria Bonn ist er Cartellbruder von Armin Laschet, der der ältesten CV-Verbindung, Aenania München, angehört. Beide dürften inhaltlich nicht sehr viel trennen. Merz ist weniger liberal und sozial als Laschet, denn ersterer ist Sprachrohr der Industrie und Lobbyist internationaler »Heuschrecken« (Blackrock). Doch große Atlantiker sind all drei Politiker, also auch Norbert Röttgen, der ebenfalls auf den CDU-Vorsitz schießt.

Egal, wer das Rennen macht, jeder von ihnen wird die AfD ausgrenzen und den Schulterschuß mit den USA üben. Bei Fritz Merz würde die sog. Werteunion etwas Auftrieb bekommen und der Kuschelkurs gegenüber den Grünen etwas verlangsamt. Die Rückkehr zu alten konservativen Werten, wie sie die Union noch unter Helmut Kohl teilweise vertreten (aber nicht gelebt) hat, wäre jedoch auch unter dem »alten Fritz« Utopie. Zu groß wäre auch bei ihm die Angst, als Vorkämpfer einer AfD 2.0 klassifiziert zu werden. ■

## »Westlessness« – die Orientierungskrise des Westens

Die Münchner Sicherheitskonferenz 2020 stand unter dem Motto »Westlessness«, eine Wortschöpfung, die, ausgehend von dem englischen Begriff ›restlessness‹ (krankhafte Unruhe oder Ruhelosigkeit), ›Westen‹ und ›Unruhe‹ vereint. Diese Wortschöpfung kann man für die grobe Bewertung der politischen Lage des Westens anwenden, auf den Zustand der EU, aber auch auf die innenpolitische Situation in Deutschland.

Wolfgang Ischinger, der frühere Staatssekretär im Auswärtigen Amt, ist Vorsitzender der Münchener Sicherheitskonferenz (Foto: A. Gebert). Das Motto »Westlessness« konnte nicht zutreffender sein und kann auch als »Abwesenheit des Westens« gedeutet werden. Über die Zukunft des Westens und vor allem Europas wurde vielfach diskutiert; wirklich konkret wurde es aber – wie immer – nie.



Die Landtagswahlen in Thüringen und die Versuche, dort eine Landesregierung zu wählen, haben die Brüchigkeit des deutschen Parteiensystems gezeigt. Nun wird man sich mit Ministerpräsident Bodo Ramelow ins Jahr 2021 quälen, weil CDU, SPD, FDP und Grüne panische Angst vor aktuellen Neuwahlen in Thüringen haben. Die SPD ist als Volkspartei schon erledigt. Die CDU steht mit großer Sicherheit vor einem analogen Abstieg. Die neoliberale FDP dümpelt um die 5 Prozent. Die Linke lebt in Thüringen vom Hessen Ramelow. Die Linke ist jetzt nur noch eine sozialdemokratische Partei mit einem lauten antideutschen, anarchistischen Narrensaum. Die Grünen schmarotzen an der Klimahype und leben von der Zustimmung verunsicherter Wohlstandsfamilien und orientierungssuchender Randgruppen. Ihr Anteil an der Zerstörung der sozialen Marktwirtschaft in der Schröder-Regierung, am Krieg gegen Jugoslawien 1999 und ihr verborgener sexueller Ultraliberalismus werden offiziell ausgeblendet. Sie tarnen ihren Neoliberalismus mit klimahysterischen Parolen.

Mit solchen Parteien kommt keine Stabilität mehr ins politische Geschehen. Sie sind alle von der politischen Realität abgekoppelt und strategisch konzeptionslos. Deshalb macht man lautstark die AfD zu einer verfassungsfeindlichen Partei, obwohl sie in ihrem Kern die CDU von vor 20 Jahren ist. Die AfD ist ein Konglomerat von neoliberalen und sozialpatriotischen Kräften, das freilich in sich noch keine Stabilität erreicht hat. Die relative Stabilität kommt über den Druck von

außen. Eine erneute Abspaltung einer neoliberalen Gruppe ist gegenwärtig nicht erfolgversprechend für die Schädigung dieser Partei. Die AfD ist stabiler als das frühere Projekt der ›Republikaner‹ unter Schönhuber. Deshalb mobilisiert man derzeit staatliche und außerstaatliche Gewalt gegen sie, weil so eventuell der Höhenflug dieser Partei im Westen gebremst werden kann.

Mit diesen Vorgängen destabilisiert sich aber das ganze politische System in Deutschland bis in die letzten Gemeinden, besonders in Mitteldeutschland. Politische Gewalt auf der Straße ist generell ein Zeichen mangelnder Stabilität des Staatswesens und kann als Dauereinrichtung auch eskalieren. Die Gewöhnung an politische Gewalt schafft neue politische Gewalt. Die politische Klasse in Deutschland hat noch nicht begriffen, was sie über drei Jahrzehnte angerichtet hat. Ihr fehlen Mut, Demut und Intelligenz zur Selbstkritik. Sie hat auch kein nationales Zukunftskonzept mehr, außer den Willen zur Einfügung Deutschlands als Provinz in die ›Vereinigten Staaten von Europa‹. Im Sicherheitsreport zur Münchner Sicherheitskonferenz 2020 ist zu lesen: »Kritiker der wirtschaftlichen und finanziellen Liberalisierung haben lange darauf hingewiesen, daß von der Globalisierung überproportional die Eliten profitiert haben. Ein großer Teil der Bevölkerung im Westen mußte dafür bezahlen. Insbesondere die Finanz- und Wirtschaftskrise und ihre Folgen erschütterten das Vertrauen in die Überlegenheit des liberalen Modells.«

Und Norbert Häring schrieb auf seiner Web-Seite am 10. Februar 2020 einen Artikel mit dem Titel »Wie sich Konservative und Linke beim Wirtschaftsliberalismus trafen und dabei die AfD groß machten«: »Wo sollen sie also hingehen, die Wähler, denen der Sozialstaat als Schutz gegen die Unbilden des Marktes wichtig ist, ebenso wie Vertrautheit, sozialer Zusammenhalt und Stabilität von Familie, Heimat und Gemeinschaft? Wenn es niemand gibt, der das umsetzen oder verteidigen will, dann gehen sie zu denen, die wenigstens davon reden. Und so treffen sich denn die ehemaligen Wähler von SPD, Linken und Union bei der AfD, die sich in dem großen Freiraum breit macht, den der wirtschaftsliberale Allparteienkonsens geschaffen hat.«

Die Parteien von CDU bis Linke und Grüne stehen in einem gemeinsamen neoliberalen Konsens, auf den sie sich schrittweise hinbewegt haben, unbemerkt vom normalen Bürger. Der sieht nur die Erscheinungen, versteht aber nicht ihr Wesen. Es graust ihn aber. Er ist wütend. Die politischen Vertrauensbrüche gegenüber den Deutschen seit den letzten 30 Jahren werden von den sich selbst als demokratisch bezeichneten Parteien nicht thematisiert oder frech als ›alternativlos‹ bezeichnet: der neoliberale, räuberische und zerstörerische Geist des Einigungsvertrages 1990, die Post- und Bahnreform, die Teilnahmen der Bundeswehr am Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999, die Veränderung des Staatsbürgerrechts und die Erklärung Deutschlands zum Einwanderungsland, der Bologna-Prozeß des Umbaus des Hochschulwesens nach angelsächsischem Vorbild, die Aufhebung des Meisterzwangs für viele Handwerksberufe, der Vertrag von Lissabon zur Herstellung der ›Vereinigten Staaten von Europa‹, die ›Gesundheitsreform‹, die Strei-

chung des Sterbegeldes, die ›Rentenreform‹, die sogenannte ›Arbeitsmarktreform‹ mit den Hartz-Gesetzen, die steuerliche Freistellung des Gewinns aus Unternehmensverkäufen, die Abgeltungssteuer, die Öffnung der Grenzen 2015 und die weitere Masseneinwanderung über den UN-Migrationspakt. Wir leben nun in einer Welt der Folgen dieser Politik, und die politische Klasse weiß nicht mehr weiter.

Schließlich ist doch alles demokratisch-parlamentarisch abgesegnet worden. Bezüglich der demokratischen Durchsetzung des neoliberalen Umbaus der westlichen Gesellschaften sollte man sich an den Aphorismus von Thomas Jefferson erinnern: »Demokratie ist, wenn sich zwei Wölfe und ein Schaf am Tag darüber unterhalten, was es am Abend zum Essen gibt.« Nach dieser langen Zeit der demokratisch-gefälligen Umsetzung des angelsächsisch-neoliberalen Programms sind bei der Wahlbevölkerungen Zweifel am Wert der Demokratie und an dem demokratischen Wert der Parteien entstanden. Sicher würde alles noch weiter vor sich hinschleichen, wenn nicht dunkle Wolken am Wirtschaftshimmel und in der Weltpolitik sichtbar wären. Sowohl das Elitentreffen in Davos als auch die Münchner Sicherheitskonferenz zeigten die Unsicherheit der Entscheider aus aller Welt. Angst haben sie davor, daß aus der schleichenden Krisenhaftigkeit im regionalen und im Weltgeschehen ein offener Ausbruch wird.

Es ist nicht eine große Wirtschaftskrise, in der die Staaten des Westens sich aktuell befinden. Noch nicht, kann aber noch kommen und wird im Zuge von ›Corona‹ auch kommen. Noch schütten die Zentralbanken so viel Geld über die Reichen und ihre Staatsregierungen aus, daß es immer noch wie Prosperität aussieht. Noch inflationieren sich die Aktienpreise, Staaten können sich weiter verschulden, Immobilienpreise steigen in den Metropolen, Anleihen finden ohne oder mit negativen Zinsen Käufer, Kunst steigt im Preis, teure Uhren werden gesucht, Gold erreicht immer neue Höchststände, und durch billige Kredite halten sich Unternehmen am Leben, die eigentlich schon längst hätten schließen müßten. Das war noch vor wenigen Wochen so. Wir stecken nun voll im Krisenmodus. Nicht nur wir, auch ›die da oben‹ werden sich wundern, wenn die Krise ›vorbei‹ ist. Mit

Vor allem dem Handwerk, das bislang gut dastand, droht eine Pleitewelle. Mit 18.740 Firmenpleiten im Jahre 2019 war die Zahl der Insolvenzen so niedrig wie seit 20 Jahren nicht mehr. Vor allem für kleinere Unternehmen wird der Wirtschaftsschwung durch die Corona-Krise zu einer Existenzfrage werden.



dem Coronavirus beginnt möglicherweise die *Deglobalisierung* der Welt: Handelswege und Produktionsprozesse werden zusammenbrechen.

Und natürlich können sich die USA ein Jahresbudget von über 700 Milliarden bis echt einer Billion Dollar für Militär und Geheimdienste leisten. Na ja, eigentlich leistet sich die ganze Welt die Hochrüstung der USA. Aus der eigenen Produktivität könnten sich die USA diese Militärmaschine und das global fast flächendeckende Stützpunktsystem nicht leisten. Zur Münchner Sicherheitskonferenz haben die Transatlantiker aller Länder mit einigen Leuten gesprochen, welche die US-Politik aus ihrem nationalen Interesse bekämpfen müssen. Aber offensichtlich sind selbst die US-Freunde in den Regierungen außerhalb der USA irritiert. Sie hadern mit den USA. Trump irritiert. Man hätte gern wieder einen mit einem Friedensnobelpreis verzierten Präsidenten, der so schön über Demokratie und Menschenrechte reden kann. Doch die USA bleiben noch die Nummer eins auf der Welt, und die alte weltpolitische Brutalität wird derzeit von ihnen ohne Maske exerziert.

Man ist auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden. Man hofft immer noch auf eine gemütlichere Zeit nach Trump, die es inhaltlich nicht mehr geben wird. Trump hat auf der UN-Generalversammlung 2019 gesagt: »Die Zukunft gehört nicht den Globalisten. Die Zukunft gehört den Patrioten.« Da meinte er aber vor allem die USA und deren Elitenproblem. Patrioten in aller Welt, die sich gegen die USA stellen, sind da nicht gemeint. Es sind Feinde der US-Patrioten. Auch in Deutschland werden Patrioten von den Transatlantikern bekämpft. Der hysterische Kampf gegen die AfD ist dazu zu rechnen. Das deutsche und in Deutschland dominierende internationale Großkapital setzt gegenwärtig noch weiter auf das System der Parteien ohne AfD. Bisher zumindest. Man sollte aber auch Steve Bannon nicht vergessen, der die europäischen Patrioten dafür nutzen möchte, die EU zu schwächen oder gar zu zerstören. Man darf sich erinnern, dass Trump 2018 die EU als »Feind« bezeichnet hat, neben Russland und neben China. Wir sollten also sehr besorgt sein, nicht nur wegen der Politik der USA, sondern auch wegen der über Jahre entstandenen Situation bei uns, die sich gerade in der Krise des deutschen Parteiensystems zeigt.

Das deutsche Parteiensystem ist durch die Kette oben genannter Vertrauensbrüche in der Krise. Da der neoliberale Konsens von CDU über SPD bis zu den Grünen und Linken gilt, sich sogar noch weiter verstärkt, sinkt generell bei der politischen Klasse das Lösungspotential für gesellschaftliche Probleme. Man will es den Konzernen überlassen, das Richtige für das Land zu tun, gehört zum neoliberalen Credo. Selbst das für Staaten Primäre, das Sozialsystem zu sichern, die Infrastruktur in Ordnung zu halten, die Energieversorgung dauerhaft stabil zu halten, den Zugang zu Bildungs- und Ausbildung für alle zu gewährleisten, die innere Sicherheit des Staates aufrechtzuerhalten und ein staatliches Grenzregime durchzusetzen, ist nicht mehr gewährleistet. Die immer weitere Abgabe von Souveränitätsrechten des deutschen Nationalstaates an die Behörde in Brüssel hat weite Teile unserer politischen Klasse disqualifiziert. Vor allem Brüssels Bestreben, die Funktionen eines Superstaates zu erlangen, wagten sie nicht entgegenzutreten. Die politische Kaste kann

nicht mehr führen, und das reflektiert sich in den politischen Meinungsbildungen der Bevölkerung.

Die Bandbreite in den Unter- und Mittelschichten akzeptierter Positionen wächst immer mehr. Der politische Ton wird rauher. Gabor Steingart hat unter dem Eindruck der politischen Morde in Hanau vor einer größeren Gefahr des Abdriftens der Bundesrepublik Deutschland in Weimarer Verhältnisse gewarnt. Es schreibt in seinem *Morning Briefing* vom 21. Februar 2020: »Wenn Berlin nicht Weimar sein will, dann muß es den Anfängen wehren. Diese Anfänge des Rohen und Groben, der Unfreundlichkeit schon im persönlichen Umgang mit Andersdenkenden, des Nicht-Zuhörens und des vorsätzlichen Mißverstehens sind nicht allein im Darknet der Gewalttäter und in den rhetorischen Waffenfabriken der AfD zu suchen, sondern im Verlust der demokratischen Substanz und Solidarität.«

Jens Berger hat in den *Nachdenkseiten* am 2. September 2019 einen Artikel mit dem schönen Thema geschrieben: »Glückliche Menschen wählen nicht die AfD«: »Die AfD ist der Schraubenschlüssel, den man ins Getriebe des Systems wirft – nicht, um es nach seinen Vorstellungen zu reparieren, sondern um es zu beschädigen, ja, vielleicht sogar zu zerstören. Es geht hier um keine konstruktive politische Teilhabe, sondern um die destruktive Ablehnung eines Systems, das auf politischer Ebene die Interessen einer kleinen ökonomisch überprivilegierten Minderheit gegen die ökonomisch unterprivilegierte Mehrheit vertritt, dies auf medialer Ebene zu verschleiern versucht und dann ›Demokratie‹ nennt und sich dafür in selbstgerechten Sonntagsreden beweihräuchert.«

Der Verlust der demokratischen Substanz und der Solidarität, das heißt des gesellschaftlichen Zusammenhalts und des Verteidigens gemeinsamer Werte, ist kein Prozeß, der in den Unter- und Mittelschichten seine Wurzel hat. Es ist eine Reaktion auf die große Veränderung der Gesellschaften, denen die einfachen Bürger weitgehend schutzlos ausgeliefert worden sind.

Die von mir oben genannten politischen Vertrauensbrüche haben gesellschaftliche Veränderungen herbeigeführt, aus denen ein politisches Klima erwuchs:

**1.** Arroganz der Alternativlosigkeit der Politik und Aussetzen jeglicher Lernbereitschaft der neoliberalen Eliten. **2.** Völlige Verachtung der politischen Oberschichten und der sie verteidigenden Personengruppen durch die Unter- und Mittelschichten. Es ist ein antagonistischer Gegensatz zwischen Oben und Unten in der Gesellschaft entstanden, von dem keiner weiß, wie diese Verhältnisse zu heilen sind. Sozialleistungen auf das Volk herab kleckern zu lassen, wird nicht mehr positiv wahrgenommen. Die politische Karre ist verfahren. Die unten wollen mit »denen da oben« auch nicht mehr reden. »Wozu mit denen denn noch reden?« Dialogangebote verpuffen. Höchstens die ›Zivilgesellschaft‹ spielt noch mit. Dafür ist sie ja da. Und da fällt mir der schöne Satz eines Landsers im Roman *Operation ›Thunderstorm‹* von Wolfgang Schreyer (Berlin 1956, S. 206) ein: »Die Lage wird erst dann beschissen, wenn wir uns nicht zu helfen wissen.« Es scheint so, als würden sich die ›Eliten‹ nicht mehr recht zu helfen wissen. ›Westlessness‹ wäre für den Zustand ein zu harmloses Wort. ■ Frank Enberg

## Links-grüne Ächtungen im Namen des ›Klimas‹ spalten unsere Gesellschaft

In der letzten Ausgabe des *Freien Forums* hatten wir dem damals noch alles beherrschenden Thema Klimawandel und der damit einhergehenden Klima-Hysterie breiten Raum gewidmet. Einige Leser haben sich ausdrücklich bedankt und bezeichnende Presseauszüge bzw. klare Stellungnahmen beigelegt, etwa die Worte eines Reporters von skynews Australien an die jungen sogenannten Klima-Aktivisten, die in den letzten Monaten weltweit für das Klima demonstriert haben:

»Ihr seid die erste Generation, die in jedem Klassenzimmer eine Klimaanlage habt, euer Unterricht erfolgt computergestützt, ihr habt einen Fernseher in jedem Raum, ihr könnt den ganzen Tag elektronische Mittel verwenden.

Anstatt zu Fuß zur Schule zu gehen, benutzt ihr alle Arten von Transportmitteln mit Verbrennungsmotor. Ihr seid der größte Konsument von Konsumgütern in der bisherigen Geschichte der Menschheit. Ihr kauft ständig neue Kleidung, um ›trendy‹ zu sein, obwohl die Sachen vom letzten Jahr noch völlig in Ordnung sind. Kaum jemand von euch repariert seine Kleidung, ihr habt keine Ahnung, wie man einen kaputten Reißverschluß auswechselt, geschweige denn, wie man mit einer Nähnadel umgeht.

Es wird weggeworfen, was das Zeug hält. Euer Protest wird durch digitale und elektronische Mittel angekündigt. Euer Handy, Tablet sind 24h online. Ihr seid mit euren ganzen elektronischen Spielzeugen der größte Stromverbraucher.

Leute, bevor ihr protestiert, schaltet die Klimaanlage aus, geht zu Fuß zur Schule, schaltet eure Handys aus, eure PCs, Xboxen, PS4s, und lest ein Buch, macht euer Sandwich selber, anstatt es fertig in Plastikverpackungen zu kaufen.

Nichts davon wird passieren, weil ihr egoistisch seid, schlecht ausgebildet, von Leuten manipuliert, die euch benutzen und sagen, daß ihr eine edle Sache betreibt, während ihr Spaß habt und den verrücktesten westlichen Luxus genießt.

Wacht auf und haltet bloß euren verwöhnten Mund! Findet die Fakten, bevor ihr protestiert, und fangt erst mal bei euch selber an, die Welt zu verbessern, und erklärt nicht Menschen zu Tätern, die ihr ganzes Leben lang nachhaltig gelehrt haben.«

Höhepunkt der Geschmacklosigkeit: Beim Klimagipfel drohte Greta Thunberg, die Augen der zukünftigen Generationen würden auf den Älteren haften. Linke Hörfunk-Macher witzelten, ob das ein Aufruf an Kinder gewesen sei, ihre Eltern zu bespitzeln, und dichteten das Kinderlied »Meine Oma fährt im Hühnerstall Motorrad« zu einem Umwelt-Hetz-Lied »Meine Oma ist 'ne alte Umweltsau« um.



### Keine echte Debattenkultur mehr

Bis auf einige Stimmen in der AfD (etwa Meuthen, siehe unten) fand wie bei anderen Fragen (z.B. der Energiewende) keine echte Debatte statt: Der öffentliche Diskurs, orchestriert von der medialen Welt, wurde auf eine angeblich »alternativlose« Linie verengt. Einer der wenigen Prominente, der sich dem »linksgrün versiffen« Zeitgeist entgegenstemmte, war der »Tausendsassa« Jürgen von der Lippe. Gegenüber dem *Hamburger Abendblatt* meinte er im Januar zu »Fridays for Future«:

»Ich stelle. . . fest: Die Leute haben es satt, erzogen zu werden. Und die Leute haben Greta satt. Wenn sich so ein Mädel hinstellt und die Weltmächtigen anschreit: How dare you! und die dann kuschen, ist das für mich Comedy. Wenn die Kritik an Zuständen mehr nervt als die Zustände selber, dann muß man aufpassen, und so weit sind wir gerade.«

Und in der *Bild am Sonntag* durfte von der Lippe dann auch die E-Mobilität hinterfragen.

»Wenn wir erst mal eine Million Elektroautos haben, wo sollen die denn den Strom hernehmen? Das schafft unser Stromnetz überhaupt nicht, wenn die alle am Abend am Stecker hängen.« Und weiter: »Die Klimadiskussion ist vernünftig, um etwas anzustoßen. Aber in Deutschland entsteht dann immer so eine Blockwartmentalität. Das war bei der Mülltrennung schon so, als die Leute ihre Nachbarn beobachtet haben, ob sie auch ja ihren Müll richtig getrennt haben. So ist es jetzt beim Klima auch.«

Solche unbequemen Aussagen lösten, wie nicht anders zu erwarten war, eine wahre kollektive Entrüstung (in Neudeutsch inzwischen »Shitstorm«) in den Medien und im Netz aus, die wie in solchen Fällen erbarmungslos instrumentalisiert und gar dämonisiert wurde. Noch vor fünfzehn oder zwanzig Jahren wäre von der Lippes Aussage über Greta Thunberg »milde lächelnd als Petitesse« (Imre Grimm) abgetan worden. Das ist nicht mehr der Fall, die Debattenkultur (nicht nur die Sprachkultur) hat sich in Deutschland grundlegend verändert.

Über künftige Gängelung und staatliche Verbote von seiten eines möglichen Ökosozialismus kommentierte Jörg Meuthen:

»Wenn es dann soweit kommen sollte, daß die Einhaltung von sinnbefreiten, linksgrünen Klimahysterie-Verboten und sonstigen Gängelungs-Vorschriften von derlei fanatischen Figuren aus der Nachbarschaft überprüft und Verstöße unmittelbar zur Anzeige gebracht werden, dann werden wir in einem Deutschland angekommen sein, das sich die ökosozialistischen »Grünen« seit langem herbeiwünschen – und das jeden freiheitsliebenden Menschen klaren Verstandes in die Verzweiflung treiben wird.«



Jürgen von der Lippe hat noch nie ein Blatt vor den Mund genommen. Er glaubt und hofft, daß es Widerstand gegen Sprech- und Denkverbote geben werde. Der berühmte Kampfbegriff »der alte weiße Mann«, der an allem schuld sei, ist laut Jürgen von der Lippe »eine dreifache Diskriminierung – wegen der Hautfarbe, des Alters und wegen des Geschlechts«.



Michael Grandt,  
**Kommt die  
Klima-Diktatur?**  
(384 S., geb.,  
€ 22.99

Eine schonungs-  
lose Hintergrund-  
analyse über die  
Drahtzieher des  
Klima-Wahns und  
der Greta-Hyste-  
rie. Der Irrsinn  
der Ökoapoka-  
lyptiker ist kaum  
noch zu überbie-  
ten. Sehr zu emp-  
fehlen!



Patricia MacCor-  
mack ist Vertrete-  
rin des Posthu-  
manismus, der  
eine Überwin-  
dung des gegen-  
wärtigen  
menschlichen  
Stadiums an-  
strebt.

### Umdenken – aber wie?

Bezeichnend für die heutige Debattenkultur ist der Begriff ›Klima-hysterie‹ zum Unwort des Jahres 2019 gewählt worden. Viele Klima-Kritiker verweisen nämlich auf viel dramatischere Hitze- und Trockenperioden im Mittelalter ohne menschliches Dazutun. Einige Klima-Forscher führen die momentane Erderwärmung auf die Sonnenaktivität bzw. die etwa elfjährigen Sonnenzyklen zurück. Selbst wenn der Klimawandel *nicht ausschließlich* menschengemacht sein sollte, hätten wir allen Anlaß, unserem verschwenderischen materiellen Verhalten Grenzen zu setzen. Es müssen neue Visionen gedacht werden, wie eine andere Vorstellung von Wirtschaft Wirklichkeit werden kann. Tatsache ist: Die lange Dauer des Wirtschaftswachstums nach dem Zweiten Weltkrieg hat einen Wachstumswahn hervorge-rufen, der letztlich zu einer Zerstörung der ökologischen Gleichge-wichte geführt hat. Und vor allem: Die *ökonomische* Dimension der liberalen Gesellschaften verdammt zum ›Immer-Mehr‹. Mehr wird zum Synonym für Besser – und Immer-Mehr für Immer-Besser (das ist auch eine der Grundlagen der Ideologie des Fortschritts). Diese inzwischen fest verankerte Überzeugung hat verheerende Folgen: Das Wirtschaftswachstum wird sowohl als natürlich als auch als immer wünschenswert wahrgenommen; das bedeutet, daß jede Form der Produktion gefördert werden sollte, so schädlich oder unnützlich sie auch sein mag. »Die Menschheit lebt nun auf Pump auf Kosten einer Natur, die immer mehr verarmt und deren Zustand sich unaufhaltsam verschlechtert.« (Alain de Benoist) Wird Corona zu einem entscheidenden Umdenken führen?

### Blick in die Geisterbahn der Forschungswelt

Im Kampf gegen den Klimawandel hat Patricia MacCormack, Pro-fessorin an der britischen Anglia Ruskin-Universität Cambridge, eine rabiante Lösung gefunden, nämlich einfach die Menschheit aussterben zu lassen. In ihrem Buch *The Ahuman Manifesto* fordert sie, daß die Menschen schrittweise auf Reproduktion verzichten.

Das Nachrichtenportal CambridgeshireLive ist begeistert und feiert den Vorstoß als »positiven Ausblick auf die Zukunft der Erde ohne Menschen«. Im vergangenen Jahr hatte bereits eine Gruppe britischer Frauen angekündigt, wegen des Klimawandels in einen Ge-bärstreik zu treten. In Deutschland wirbt die Feministin und Studen-rätin Verena Brunschweiler aus Regensburg für den Verzicht auf Kinder, etwa in ihrem Buch *Kinderfrei statt kinderlos* (»Kinder sind das Schlimmste, was man der Umwelt antun kann.«) »Es geht um nichts weniger als die Rettung der Welt, zu der jeder beitragen sollte. Schließlich stehen wir kurz vor dem ökologischen Kollaps«, be-gründete sie ihre Haltung. (Quelle: *Junge Freiheit*)

## Bürgermeister verordnet ›Deutsch-Pflicht‹

»Liebe Eltern, ab hier wird Deutsch gesprochen.« Schilder mit dieser Botschaft, unterzeichnet vom Bürgermeister, prangen seit Anfang des Jahres an den Haustüren der drei Tagesstätten in der Tiroler Gemeinde Reutte. Daß sie für einiges Aufsehen, auch über die Grenzen Österreichs hinaus, sorgen würden, war zu erwarten. Von den Eltern seien laut übrigens keine Beschwerden eingegangen. Dafür zogen, wie nicht anders zu erwarten, einige Medien rassistische Schlüsse.

Bürgermeister Alois Oberer wies Vorwürfe zurück, andere Sprachen verbieten zu wollen: »Wir haben 13 verschiedene Sprachen im Kindergarten, und da darf man erwarten, daß die Eltern mit dem Kindergarten-Personal auf Deutsch kommunizieren«, meinte er gegenüber der Presseagentur dpa. Rund 65 Prozent der Kinder an den Reuttener Kindergärten hätten nicht Deutsch als Muttersprache. Die Erzieherinnen



würden »mit Händen und Füßen gestikulieren, um sich verständlich zu machen«. Seit 2006 sei viel Geld in die Sprachförderung und andere Maßnahmen zum Erlernen der deutschen Sprache geflossen, fügte Oberer hinzu, monierte aber, daß Zuschüsse für die Sprachförderung reduziert worden seien.

Der Sprachwarrwarr führt naturgemäß dazu, daß sich Grüppchen entsprechend der Herkunft bilden. Über die mutige Anweisung und den zu begrüßenden Vorstoß des Bürgermeisters zeigten sich die Erzieherinnen, die große Verständnisprobleme beim babylonischen Sprachenchaos haben, wenn die Kinder von den Eltern gebracht oder abgeholt werden, froh, zweifelten aber, ob die Schilder überhaupt etwas bewirken könnten: Die einen betroffenen Eltern hielten sich nicht daran, andere machten nicht den Eindruck, als wüßten sie, was dort steht. ■

### Zur (deutschen) Sprache

Im Februar 2020, 75 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz, sprach Frank-Walter Steinmeier als erster Bundespräsident in Jad Vashem. Seine Rede hielt er demonstrativ in Englisch, nicht in deutscher Sprache, denn diese sei die Sprache der Täter. Ist man jetzt schon so weit, daß wir uns schämen müssen, wenn wir Deutsch sprechen. Kann man überhaupt eine Sprache kriminalisieren? Man erinnere sich: Am 2. Februar 2005 meinte Bundespräsident Horst Köhler: »Deutsch ist nicht nur die Sprache von Hitler, Goebbels und Eichmann, sondern auch die von Goethe, Schiller und Heine. Die Sprache ist nicht zu beschuldigen, nur diejenigen, die sie mißbrauchen.«

## **Ex-Aula-Chefredakteur im Visier der Justiz**

Im Juni 2018 stellten die Eigentümer des Aula Verlages, die Freiheitlichen Akademikerverbände (FAV), auf Geheiß der FPÖ-Führung das traditionsreiche Monatsmagazin *Die Aula* ein. Es bestand seit 1952 unter diesem Namen. Ob dabei die blaue Parteiführung nur dem Druck des Koalitionspartners oder gar des Auslandes nachgegeben hat, ist ungewiß. Jedenfalls dankte einige Monate später Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu am Rande der UN-Vollversammlung in New York seinem österreichischen Pendant, Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP), unter anderem dafür, daß *Die Aula* eingestellt wurde. So berichtete es jedenfalls eine der führenden Zeitgeistpostillen der Alpenrepublik, die Tageszeitung *Der Standard*. Verurteilungen wegen Artikeln in *der Aula* hatte es seit über drei Jahrzehnten keine gegeben, Schriftleiter Martin Pfeiffer – aber auch keiner seiner damaligen Mitarbeiter (Autoren) – wurde nie belangt, da alles Angezeigte eingestellt worden war.

Ende 2018 brachte dann Alexander Pollak von ultralinken Verein SOS Mitmensch eine Anzeige nach dem NS-Verbotsgesetz gegen Pfeiffer und andere frühere Autoren ein und lieferte Hunderte Kopien mit. Seiner Ansicht nach zeigten unzählige Artikel eine NS-affine Tendenz auf. Bedenkt man, daß *die Aula* wie kaum ein anderes rechtes Blatt unter ständiger Beobachtung der linken Presse und des Verfassungsschutzes stand und sämtliche Beiträge ohne strafjuristische Folgen blieben, dann mutet dieser Vorwurf schon seltsam an. Als vermeintliche Belege für seine These werden Interviews mit DVU- und NPD-Politikern, angeblich verschwörungstheoretische Artikel, überfremdungskritische Nachrichten in politisch unkorrekter Diktion sowie Besprechung von Büchern, die NS-Persönlichkeiten zum Inhalt haben, und Kritik am NS-Verbotsgesetz angeführt.

Diesem wüsten Angriff auf die Meinungsfreiheit setzte die Staatsanwaltschaft Graz insofern nichts entgegen, als sie offiziell Ermittlungen aufnahm, Einvernahmen begann und über ihren Pressesprecher erklären ließ, sie werden einen rechtshistorischen Sachverständigen einschalten, der sich mit der Materie befassen solle. Danach werde entschieden, ob es zu einer Anklage komme, wobei eine solche vom Justizministerium auch angeordnet werden kann. Zeitgeistkritische Juristen warnten indes vor einem Eingriff in die Pressefreiheit und vor einem Anschlag auf die Rechtssicherheit, schließlich hatte der Verfassungsschutz jahrelang als Abonnent *der Aula* stets ein Auge auf das Blatt und niemals rechtliche Beanstandungen geltend gemacht. Ein möglicher Prozeß würde vor einem Geschworenengericht stattfinden, wobei acht Laienrichter allein über die Schuld der Angeklagten zu befinden hätten. Die Mindeststrafe für § 3g Verbotsgesetz beträgt ein Jahr, die Höchststrafe grundsätzlich zehn Jahre, wobei bei besonderer Gefährlichkeit des Täters der Strafraum auf zwanzig Jahre erhöht werden kann.

Abonnenten *der Aula*, die viele Jahrzehnte großzügig von der FPÖ finanziell unterstützt worden war, waren nicht nur Personen aus dem sog. Dritten Lager, sondern auch ehemalige Minister sowie Führungskräfte aus Industrie und Bankensektor. ■

## **Grüne in Österreich an der Regierung**

Nach dem Zerbrechen der Ende 2017 aus ÖVP und FPÖ gebildeten Bundesregierung in Wien auf Grund der sog. Ibiza-Affäre im Mai 2019 waren die Österreicher im Frühherbst letzten Jahres zu den Urnen gerufen worden. Dabei gelang es der Volkspartei unter Ex-Bundeskanzler Sebastian Kurz abermals, deutlich zuzulegen (plus sechs Prozent), nämlich auf 37,5 Prozent, während die FPÖ unter ihrem blassen Neo-Obmann Norbert Hofer auf gut 16 Prozent abstürzte (nahezu zehn Prozent weniger). Der zweite große Gewinner waren die Grünen, die mit einem Plus von gut zehn Prozent zurück in den Nationalrat kamen und fast 14 Prozent einfuhren. Da war es für die Blauen nur ein schwacher Trost, daß auch die SPÖ erheblich Federn lassen musste und nur noch gut 21 Prozent erreichte.

Und nach dem Jahreswechsel trat das ein, was viele befürchtet hatten: Auf das türkis-blaue Bündnis – Kurz hatte seine Parteifarbe 2018 von Schwarz auf Türkis gewechselt, was sich schließlich als Etikettenschwindel herausstellte – folgte Anfang 2020 die türkis-grüne Koalition. Bei der Vergabe der Ministerien wurde deutlich, daß der regierungsunerfahrene Juniorpartner von Kurz regelrecht über den Tisch gezogen wurde. Er erhielt mit dem Justizressort nämlich lediglich ein Kernministerium, dem die gebürtige Bosniakin Alma Zadic vorsteht. Grünen-Chef Werner Kogler mimt den Vizekanzler. Weitere grüne Ressorts sind das Arbeits- und das Gesundheitsministerium.

Auch wenn die ÖVP vorgibt, ihre bisherige Asyllinie fortzusetzen, wird sich erst in den nächsten Monaten weisen, ob sie ihren Worten tatsächlich auch Taten folgen läßt. Kräftig an einem Strang werden beide Parteien ziehen, wenn es darum geht, den »Kampf gegen rechts« aufzunehmen, schließlich ist er sogar im Regierungsprogramm verankert. Schützenhilfe wird die Koalition vom greisen grünen Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen erhalten, der ob der Beteiligung seiner alten Parteifreunde an der Bundesregierung regelrecht entzückt ist. Trotz Rauchverbots im geschlossenen öffentlichen Raum seit Anfang 2020 in der Alpenrepublik darf das Staatsoberhaupt in seinen Räumen in der Hofburg weiterhin ungestört qualmen.

Indes tut sich die FPÖ ohne ihren langjährigen Frontmann Heinz-Christian Strache, der sich unterdessen mit einer neu gegründeten Partei (»Die Alternative für Österreich«, DAÖ) auf die im Herbst stattfindenden Landtags- und Gemeinderatswahlen in Wien vorbereitet, schwer, als schlagkräftige Opposition aufzutreten. Mit ihrem blassen Frontmann Norbert Hofer, der die leisen Töne bevorzugt, nicht anecken will und vom Establishment geliebt werden möchte, gerieten sie bei regionalen Urnengängen von einer Niederlage zur nächsten. An der Basis ist der Wunsch vorhanden, daß der Fraktionschef der FPÖ im Nationalrat, Herbert Kickl, seines Zeichens früherer kerniger Innenminister, bald die Führung der Freiheitlichen übernimmt. Er wird als Garant für eine kantige Oppositionsarbeit angesehen und gilt – wie weiland Ewald Stadler unter Jörg Haider – als der blaue Dobermann, der schonungslos die Probleme anspricht und die Regierenden sowie deren Politik angreift. ■

## Steckt in der ›Linken‹ kein verfassungsfeindliches Potential?

Auf einer in Kassel veranstalteten »Strategiekonferenz« wollte die Partei Die Linke diskutieren, wie sie bei gesellschaftlichen Grundsatzfragen »erfolgreich eingreifen« könnte. Dazu trafen sich Parteichef Bernd Riexinger und andere Vertreter der Partei mit Mitgliedern am 29. Februar und 1. März.

Während der ›zukunftsweisenden‹ Konferenz kam es jedoch zu einem besonderen Eklat. Eine Rednerin aus Berlin ließ sich nämlich während ihres Vortrags zu kommunistisch-revolutionären Gewaltphantasien reißen: »Energiewende ist auch nötig. Nach einer Revolution. Auch wenn wir das eine Prozent der Reichen [das sind 800.000 Menschen; FF] erschossen haben, ist es immer noch so, dass wir heizen wollen und uns fortbewegen. . .«

Und wie reagierte Riexinger? Er begnügte sich damit, ›ein wenig‹ zu revidieren: »Wir erschießen sie nicht, sondern wir setzen sie für nützliche Arbeit ein.« Zweifellos ein weiterer Eklat.

Die Äußerungen eines weiteren Funktionärs sorgte für Empörung. Dieser forderte tatsächlich offen, Gelder und Informationen aus den Parlamenten »abzugreifen« und der linksextremen Antifa zukommen zu lassen. (Quelle: jungefreiheit.de)



Bernd Riexinger sieht keinen Grund zurückzutreten. »Die Linke hat ein klares Verhältnis zu Demokratie und Menschenrechten«, meint er. Foto: dpa

Der Kolumnisten und Autor Harald Martenstei meinte im *Tagespiegel* (7. 3. 20):

»Das Erschießen liegt wohl in der DNA der Linksradiakalen. Warum ist das Medienecho auf die Erschießungsfrage der Linkspartei so verhalten? Was wäre wohl passiert, wenn auf einer AfD-Konferenz jemand über Massenerschießungen von Ausländern fantasiert hätte? Im Gegensatz zum Rechtsradikalismus erfreut sich Linksradikalismus gesellschaftlicher Akzeptanz.«

Tatsächlich war das Echo in den etablierten Medien sehr verhalten. Man erinnere sich an den Mediensturm, den Frauke Petrys Aussage hervorrief, der Grenzschutz müsse »notfalls von der Schußwaffe Gebrauch machen« – obwohl dies im Gesetz steht.

Kurze Zeit später, am 12. März, kündigte der Verfassungsschutz an, den künftig den rechten Flügel der AfD mit allen nachrichtendienstlichen Mitteln beobachten zu wollen. Zufall? Mit dieser Ankündigung wird jedenfalls von der tatsächlichen Verfassungsfeindlichkeit der Linken abgelenkt, von der sieben innerparteiliche Gruppierungen bereits seit langem unter Beobachtung stehen, ohne daß dies bei der Bewertung der Gesamtpartei als demokratisch in den Medien irgendeine Rolle gespielt hätte.

### **Ist Linksextremismus etwa tabu?**

Im November 2019 wurden an alle Schulen in Hessen 12 Plakate und begleitendes Material gegen Linksextremismus verschickt (etwa eine Faust, die den Bundesadler schlägt). Auftraggeber war das Kompetenzzentrum gegen Extremismus, das wiederum dem hessischen Innenministerium untersteht. Und die Aktion erfolgte im Rahmen der Kampagne ›aufgeklärt statt autonom‹, die bei Schülerinnen und Schülern das Bewußtsein wecken sollte, daß Linksextremisten nach einem totalitären, sozialistisch-kommunistischen System oder einer herrschaftsfreien Gesellschaft streben. Doch das Material löste Protest aus, und ein von der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) Hessen in Auftrag gegebene Gutachten befand, daß die Plakatreihe »wissenschaftlich, pädagogisch und didaktisch nicht haltbar« sei. Daraufhin forderte die Landesvorsitzende der GEW, Birgit Koch, alle Schulen auf, die Ausstellung nicht mehr zu verwenden, sie solle »flächendeckend in die Mülltonnen entsorgt werden«. Das Thema Linksextremismus werde nur oberflächlich behandelt und orientiere sich zudem an einem höchst strittigen Extremismuskonzept, das auf eine Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus hinauslaufe. (Quelle: *Der Spiegel*, 14.2.20)

### **Die Vorreiterrolle des Bundespräsidenten**

Frank-Walter Steinmeier appelliert gern und immer wieder an Bürgerinnen und Bürger, ihre Verantwortung für die Demokratie wahrzunehmen, und fordert regelmäßig ein Aufstehen gegen den Rechtsradikalismus. Was viele nicht wissen: Steinmeier war in jungen Jahren in der Redaktion der juristischen Fachzeitschrift *Demokratie und Recht* (DuR) tätig. Sie erschien ab 1973 vierteljährlich im linksgerichteten Pahl-Rugenstein Verlag und wurde vom Verfassungsschutz beobachtet – unter anderem weil da auch Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) Einfluß bei der Zeitschrift hatten und weil *Demokratie und Recht* sich gegen die Berufsverbote aufgrund des Radikalenerlasses einsetzte. Brigitte Zypries, langjährige Bundesministerin der Justiz und zuletzt Bundesministerin für Wirtschaft und Energie im Kabinett Merkel III, gehörte ebenfalls der Redaktion dieser links-extremen Zeitschrift an.

Einen schlechten und doch nicht überraschenden Beigeschmack hatte Steinmeiers Werbung für das linksextreme Konzert »Wir sind mehr« am 3. 9. 2018 in Chemnitz. Dort trat unter anderem die vom Verfassungsschutz beobachtete Antifa-Band ›Feine Sahne Fischfilet‹ auf. In einem ihrer Songs heißt es: »Wir stellen unseren eigenen Trupp zusammen und schicken den Mob dann auf euch rauf. Die Bullenhelme – sie sollen fliegen. Eure Knüppel kriegt ihr in die Fresse rein und danach schicken wir euch nach Bayern, denn die Ostsee soll frei von Bullen sein.« Daß diese Gruppe in ihren Liedern zum Mord an Polizisten aufruft, störte Steinmeier keineswegs. In einer ›Begründung‹ meinte der Bundespräsident, statt sich von solchen Haßtiraden zu distanzieren, er werde sich immer auf die Seite derjenigen stellen, die sich für die demokratischen Grundlagen des Staates einsetzen. ■

Bestellungen bitte an das Sekretariat der Gesellschaft für freie Publizistik (siehe S. 24)

## **Wichtige Neuerscheinungen!**

Niklas Lotz · **Mein Weckruf für Deutschland**



Der erst 20jährige Autor schildert seine persönlichen Erfahrungen über die Zustände an deutschen Schulen und hat den Mut, gesellschaftskritische Themen anzusprechen, die oft aus Angst verschwiegen werden. Seine Haltung ist eine klare Gegenposition zu der Jugend, welche die Ideale der Migrationsgesellschaft und der Klimahysterie angenommen hat. Ein Weckruf zur Verteidigung der Demokratie und der Meinungsfreiheit! (272 S., geb. € 24.90)

Carl Friedrich von Weizsäcker · **Der bedrohte Friede**



Politische Aufsätze 1945–1994. Der Friede in der Welt war bedroht. Der Friede ist nach wie vor bedroht, weil er niemals wahrer Friede war und weil die Grundprobleme, die zu Friedlosigkeit und Krieg führen, ungelöst geblieben sind. Entspannung ist eingetreten und Rüstungskontrolle und Abbau wird betrieben. Aber der Unfriede zwischen den Nationen ist gewachsen. Bürgerkriege, ›friedenserhaltende‹ Interventionskriege, rassistische Säuberungskriege und Völkermorde sind an der Tagesordnung. Die Weltöffentlichkeit hat erkennen müssen, daß das Potential an kriegerischer Aggressivität und nationalistischer Gewalt keineswegs entschärft ist. Seine politischen Aufsätze sind immer noch hochaktuell. (338 S., geb. nur € 9.95)

**Wie der Teufel die Welt beherrscht (Bd. 1–3)**



Massenbewegungen, Aufstände und Revolutionen. Krisen, wie verwirrend die aktuellen Ereignisse auch erscheinen mögen, es geschieht nichts zufällig. Die Völker der Welt geben ihm viele Namen. Auch in der modernen Zeit führt er, nennen wir ihn einfach Teufel, seinen Kampf gegen die Menschheit. Er unterwandert Politik, Wirtschaft, Medien und die Religionen, sabotiert internationale Beziehungen, verdirbt Kunst und Kultur. Er verführt die Jugend zu einer beeinflussbaren Masse, entwirrt und haltlos. Nach gründlichem Nachdenken wird der Leser das System hinter den Ereignissen der aktuellen Zeit erkennen und selbst einen Ausweg aus dem Kreislauf der Zerstörung finden. (je 336 S., je € 19.90, zus. € 50.90)

Günter Ziemer · **Der Völkermord an den Deutschen**



Die etablierten Medien und Geschichtsschreiber konzentrieren sich auf die von Deutschen begangenen oder ihnen zugeschriebenen Verbrechen. Diese Verbrechen werden instrumentalisiert, um bei den deutschen Nachkriegsgenerationen dauerhafte Schuldgefühle zu erzeugen und kritische Nachfragen erst gar nicht aufkommen zu lassen. Demgegenüber werden die an Deutschen verübten Verbrechen oft verharmlost, verschwiegen, minimalisiert und bagatellisiert. In dieser Dokumentation sind, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, die abscheulichen Nachkriegs-Verbrechen der Sieger festgehalten. (298 S., geb. € 19.80)

## Kurznachrichten

**Uni-Sex-WC & Ethikrat.** Laut *Berliner Zeitung* vom 14.2.2020 richtete die Gemeinschaftsschule in Berlin-Malchow eine »Toilette für alle« (sog. Uni-Sex-Toilette) ein. Dadurch sollen Kinder und Heranwachsende unabhängig von ihrem Geschlecht eine einzige Bedürfnisanstalt aufsuchen. Begründet wurde die Installation eines solchen WC damit, daß Mädchen und Jungen angeblich in ihrer Entwicklungsphase nicht leicht beantworten könnten, was sie seien. Deshalb bräuchten sie Räume, die sie benutzen könnten, »ohne sich rechtfertigen zu müssen, was sie sind«, so das dumme Geschwätz einer Linken-Politikerin. Der Ethikrat Berlin warb indes für eine öffentliche Veranstaltung zum Thema »Trans-Identität bei Kindern und Jugendlichen«. Denn angeblich hätten irgendwelche Beratungsstellen festgestellt, daß in den vergangenen Jahren immer mehr Kinder und Jugendliche Identitätsprobleme hätten. Das ›Forum Bioethik‹ sei bestrebt, Antworten auf verschiedene Fragen zu geben, die auf Grund dieser Probleme entstünden. (Quelle: *Berliner Zeitung*)

**Irrsinn Inklusion.** Wohin ein sog. Inklusionsunterricht führt, darüber informierte eine junge Lehrerin, die zu solch einem Schulversuch verdammt wurde: »Ich unterrichte seit mehr als einem Jahr an einer Gesamtschule. Der Inklusion wegen sind in der Klasse drei bis vier Flüchtlingskinder. Dazu kommen einige Kinder mit ADHS (Aufmerksamkeitsstörung) und anderen Verhaltensauffälligkeiten. Wenn es gut läuft, unterrichte ich 20 Minuten in einer Schulstunde, die restlichen 25 Minuten verbringe ich mit Ermahnungen, Erziehen und Beruhigen. Ein Schüler wälzt sich auf dem Boden hin und her. Ein anderer steht auf und bespuckt seine Mitschüler. Ein Junge schreit so laut, daß ich denke, mir platzt das Trommelfell.« Alternativen wären Ausländer- und Behindertenklassen bzw. Sonderschulen sprich getrennte Unterricht je nach Bildungsstand, Intellekt und Auffassungsgabe. (Quelle: CM-9-2019)

**Mahnmal für Bombenopfer in Chemnitz geschändet.** Chemnitz war am 5. März 1945 bei alliierten Luftangriffen schwer zerstört worden. Allein an jenem Tag kamen rund 2100 Menschen ums Leben. Anlässlich des 75. Jahrestags der Bombardierung war mit einer

Auf dem Städtischen Friedhof, wo auch die Gedenkstätte steht, sollen allein 1224 Bombenopfer ihre letzte Ruhestätte gefunden haben. Die Massengräber befinden sich hinter dem Gedenkstein unter den Rasenflächen.



Kranzniederlegung der Opfer gedacht worden. Nur kurze Zeit nach dem Gedenken haben Vandalen das Mahnmal auf dem Friedhof geschändet. Friedhofsmitarbeiter entdeckten linke Parolen wie »Fuck Nazis«, »Deutsche Täter sind keine Opfer« und »Tod den Faschisten«. Kränze und Blumengebinde waren zertrampelt und zerstört. (Quelle: u.a. *Bild-Zeitung*)

**Wenige Abschiebungen.** In Sachsen vermittelt die CDU unter Ministerpräsident Michael Kretschmer den Eindruck, ihr liege wenig an Abschiebungen. Nach einer Kleinen Anfrage der AfD-Fraktion zum Thema »Auslastung, Ausreisegewahrsam und Abschiebehaft« meinte deren innenpolitischer Sprecher, Sebastian Wipfel: »Die durchschnittliche Auslastung der Abschiebehaft pendelte im Jahr 2019 zwischen 4,68 % und 14,25 % Um ganz korrekt zu sein, waren es im Jahresdurchschnitt 8,6 %. Das heißt: Noch nicht einmal jeder zehnte Platz der Abschiebehaft wird auch tatsächlich genutzt, um die Rückführung der 13.000 Ausreisepflichtigen in Sachsen zu beschleunigen.« Im Januar gelang es drei Nordafrikanern mühelos, aus ihrer Haftanstalt auszubrechen, indem sie einfach über den Zaun sprangen, der nicht einmal mit Stacheldraht gesichert war. Laut Angaben des Innenministeriums befanden sich 2019 nur 61 Personen in der Abschiebungshaft und Ausreisegewahrsamseinrichtung des Freistaates Sachsen. (Quelle: AfD-Fraktion Sachsen)

**Corona-Pause.** Nach einem Protest des Personalrats setzt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg Anhörungen Schutzsuchender während der Corona-Pandemie aus. Ab sofort (23. 3.) werden Asylanträge im Regelfall schriftlich entgegengenommen. Antragstellende erhalten auf dieser Grundlage eine Aufenthaltsgestattung. Anhörungen und weitere Bearbeitung sollen erfolgen, »sobald dies aufgrund der Corona-Pandemie wieder möglich ist«, meinte ein Sprecher der Behörde.

**AfD recht schwach.** Bei den Mitte März abgehaltenen bayerischen Kommunalwahlen schnitten patriotische Kräfte relativ schwach ab. In der Landeshauptstadt München verlor die Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) nach zwölf Jahren ihren Sitz im Stadtrat, den Karl Richter innehatte. Mit 0,2 % erhielt sie nur noch ein Drittel der Stimmen von 2014. Dafür verbesserte die AfD ihr Resultat um 1,3 % und landete bei 3,8 %, was drei Sitze im 80 Köpfe zählenden Gremium bedeutet. Bei der Wahl zum Oberbürgermeister (OB) erreichte der AfD-Kandidat, der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wiehle, ein früherer CSU-Mann, 2,8 % und damit Platz 4 bei immerhin 14 Bewerbern. Der Kandidat der BIA, der Münchner Pegida-Chef Heinz Meyer, wurde wegen Zweifel an dessen Verfassungstreue gar nicht erst zur Wahl zugelassen. Eines der besten OB-Ergebnisse in Bayern für die AfD fuhr Peter Eggen in der Großen Kreisstadt Bad Kissingen mit 7,1 % ein. (Quelle: AfD)

**Reichsbürger-Gruppierung verboten.** Bundesinnenminister Horst Seehofer hat erstmals eine Reichsbürger-Gruppierung verboten, nämlich den Verein »Geeinte deutsche Völker und Stämme«, mit der Begründung, daß seit längerer Zeit den

Staat einzuschüchtern versuche. Wohnungen führender Mitglieder des Vereins und seiner Teilorganisation ›Osnabrücker Landmark‹ wurden am 19. März in zehn Bundesländern durchsucht. Die Mitglieder des Vereins würden »durch Rassismus, Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus ihre Intoleranz gegenüber der Demokratie deutlich zum Ausdruck bringen«, hieß es aus dem Bundesinnenministerium.

**Europol: Kein Rechtsterrorismus in Europa.** Ein Bericht von Europol zum europäischen Terrorismus zeichnet ein gänzlich anderes Bild der Bedrohungslage, als uns die linke Bundesregierung weis machen will, wonach der Rechtsterrorismus die entscheidende Gefahr für unsere Demokratie darstelle. Die höchste Gefahr geht vom islamischen Terror aus, gefolgt von Linksterroristen und der Antifa. Der AfD-EU-Abgeordnete Nicolaus Fest konnte Einblick in den Europol-Bericht nehmen. Fest wie auch andere EU-Abgeordnete zeigten sich überrascht, warum der Bericht als »geheim« eingestuft ist. Für Fest könnte der Grund darin liegen, daß die Parteien der Bundesregierung aktuell kein Interesse haben, weil dadurch das über den Bundesinnenminister gezeichnete Bild der ›Gefahr durch Rechts‹ in Deutschland in Kombination mit den Vorwürfen gegen die AfD ad absurdum geführt werde. (Quelle: *journalistenwatch.com* u. *afdkompakt.de*)

›**Skandal**‹ um den Sänger **Xavier Nadoo**. Der 1971 in Mannheim geborene Sänger ist halb indischer, halb deutscher Herkunft und unbestritten einer der besten seines Faches. Unbestritten ist er auch einer der unbequemsten – jedoch vornehmlich für die sogenannten ›Zeitgeister‹. Sein Auftritt vor Reichsbürgern vor dem Brandenburger Tor in Berlin am Tag der Deutschen Einheit 2014 erregte besonderes Aufsehen. Im ARD-Morgenmagazin sprach er von Deutschland als einem besetzten Land. Seine Zweifel an der offiziellen Lesart zu 9/11 bringt er immer wieder zum Ausdruck, er verteufelt neuerdings die Klimabewegung Fridays for Future. Die Liste seiner ›unliebsamen‹ Interventionen ließe sich beliebig fortsetzen. Zuletzt trat er als beliebter Juror der RTL-Sendung ›Deutschland sucht den Superstar‹ auf. Dann passierte es: Am 11. März 2020 tauchten in sozialen Netzwerken zwei Videoausschnitte mit Gesangsdarbietungen von Nadoo auf, die nach den Ausschreitungen in Chemnitz 2018 entstanden waren. Darin sang er zwischen der beginnenden und schließenden Textzeile ›Ihr seid verloren‹ etwa ›Eure Töchter, eure Kinder sollen leiden, Sollen sich mit Wölfen in der Sporthalle umkleiden/ Und ihr steht seelenruhig neben dran‹ sowie ›Weit und breit ist hier kein Mann, der dieses Land noch retten kann‹ in bezug auf die Flüchtlingskrise in Deutschland 2015/2016 und bezeichnete die Künstlerinitiative ›Wir sind mehr‹ als ›peinlich‹ und ›deutschlandfeindlich‹. Der Fernsehsender trennte sich von



Nicolaus Fest.  
Er ist der Sohn des Zeithistorikers, FAZ-Herausgebers und Autors Joachim Fest.



Xavier Nadoo

ihm noch am selben Tag. In einer Stellungnahme am 11. März wies er die Vorwürfe zurück und meinte unter anderem: »Auch meine Familie kam als Gast nach Deutschland und hat sich natürlich an Recht und Moralvorstellungen des Gastgebers gehalten. Diese Selbstverständlichkeit sollte für alle gelten – auch wenn nur ein sehr kleiner Teil dies mißverstanden hat.« (Quelle: u.a. *Junge Freiheit* u. *Wikipedia*) Im übrigen: Xavier Naidoo darf nicht Antisemit genannt werden. Nachdem eine Referentin der linksextremen Amadeu-Antonio-Stiftung ihn 2017 als »Antisemiten« bezeichnet hatte, zog Xavier Naidoo dagegen vor Gericht. Im Oktober 2019 urteilte das Oberlandesgericht Nürnberg zu seinen Gunsten.

**AfD->Flügel< im VS-Visier.** Seit März ist nun die rechtsnationale Sammlungsbeziehung innerhalb der AfD, der sog. ›Flügel‹, unter der Beobachtung des brd-Inlandsgeheimdienstes Verfassungsschutzes (VS). Dieser unterstellt dem ›Flügel‹ eine »rechtsextreme Bestrebung«. Die vom Thüringer AfD-Chef Björn Höcke gegründete Organisation ist vor allem in den mitteldeutschen Landesverbänden sehr stark, ihr gehört auch der Brandenburger Landeschef Andreas Kalbitz an. Maßgebliche Bundespolitiker zählen nicht zu Vertretern des ›Flügels‹. (Quelle: oe24) Am 20. März rief der AfD-Bundesvorstand den ›Flügel‹ auf, seine Auflösung zu beschließen, woraufhin der Kreis um Björn Höcke und Andreas Kalbitz der Forderung offiziell nachkam. In einem Brief an die Interessengemeinschaft heißt es aber: »Der politische Einsatz geht weiter und fordert unsere ganze Kraft.«

**Watschn für Hofer-FPÖ.** Unter ihrem neuen Obmann Norbert Hofer kommt die FPÖ nicht richtig in Gang. In seinem Heimatbundesland, dem Burgenland, mußte er bei den Ende Januar abgehaltenen Landtagswahlen deutliche Verluste für seine Partei hinnehmen, während der Koalitionspartner der Freiheitlichen, die SPÖ, unter dem sozialpatriotischen Landeshauptmann Hans Peter Doskozil die absolute Mehrheit erreichte. Die Roten schossen von 41,9 % auf 49,9 % hinauf. Die FPÖ hingegen rutschte von 15 % auf 9,8 % ab. Ungeachtet dessen ließ sich Hofer zum neuen Landeschef wählen. Auf wenig Interesse stieß auch Hofers Auftritt bei der traditionellen Aschermittwochs-Kundgebung in der Jahn-Turnhalle in Ried im Innkreis an der bayerischen Grenze. Dort, wo jahrzehntelang Jörg Haider und Heinz-Christian Strache den Saal gefüllt hatten, hatten die Verantwortlichen vor Ort große Mühe, Freiheitliche für die Kundgebung zu gewinnen. Als viele hörten, daß nicht der Fraktionschef im Nationalrat, Ex-Innenminister Herbert Kickl, sondern nur Norbert Hofer sprechen werde, hagelte es Absagen. Der nationale Bezirksobmann und Ex-Landesrat Elmar Podgorschek machte gute Miene zum bösen Spiel. (Quelle: ORF)

**Rechtsruck in der Slowakei.** Bei den Parlamentswahlen im EU-Staat Slowakei stürzten die regierenden Sozialdemokraten (Smer) um 10 % ab und erreichten nur noch 18,3 %. Großer Sieger des Urnengangs war die konservative Protestpartei OĽaN, die um 14 % zulegte und mit 25 % stärkste Kraft wurde. Die rechte Protestpartei ›Wir sind eine Familie‹ schob sich mit einem leichten Plus mit 8,2 % auf Platz 3. Gleichauf an Sitzen auf Platz 4 (statt Platz 5 bisher) ist die nationalistische

sche ›Volkspartei Unsere Slowakei‹ (L'SNS) unter Marian Kotleba, die bei 8 % verharrte, aber drei Sitze mehr bekam. Die etwas gemäßigtere Slowakische Nationalpartei SNS hingegen fiel unter die Fünf-Prozent-Sperrklausel. Die rechtsliberale Partei ›Freiheit und Solidarität‹ unter Richard Sulik halbierte sich um kam nur noch auf 6,2 %. Knapp an der Sieben-Prozent-Hürde für Wahlbündnisse scheiterte hingegen PS-Spolu mit knapp 7 %. Erstere Kraft (PS) ist linksliberal, letztere (Spolu) rechtsliberalkonservativ und sitzt im EU-Parlament in der EVP-Fraktion. Ebenfalls nun im Plenum ist die kleinste Fraktion, nämlich die liberalkonservativ-EU-freundliche ›Za ľudi‹ (›Für die Menschen‹), mit 5,8 %. Damit befindet sich unter den sechs Parlamentsparteien in Preßburg keine klar linke Kraft, da die Smer bislang eher linkspopulistisch agierte und früher sogar mit der rechten SNS koalierte. 18 % der Stimmen fielen auf Grund der Sperrklauseln unter den Tisch, etwa die Christdemokraten und die Partei der ungarischen Minderheit (›Most-Hid‹). (Quelle: *Wikipedia*)

**Ungarn fördert Familien.** Eine deutlich pronatalistische Bevölkerungspolitik betreibt die ungarische Regierung unter Viktor Orbán, für die der Nationalstaat die einzig relevante Größe und die traditionelle Familie die Keimzelle des Staates ist. Mit abendländischen Werten, die auf dem Christentum fußen, will man in Budapest die eigenen Staatsbürger prägen. Um die Geburtenrate im Volk zu heben, beschloß die rechtskonservative Regierung, daß Frauen ab vier Kindern keine Steuern mehr zahlen müssen. Außerdem werden Familien bei der Anschaffung größerer Autos steuerlich begünstigt. Ein diesbezügliches Interview enthält die April-Ausgabe der Monatszeitschrift *Der Eckart*, in dem der ungarische Botschafter in Wien zu Wort kommt und dabei erfrischend undiplomatisch Klartext spricht. (Quelle: *Der Eckart*)

**Neue politisch-historische Zensur.** 2018, anlässlich des 100jährigen Jubiläums des Kriegsendes, veröffentlichte der Antaios-Verlag ein von Stefan Scheil herausgegebenes Buch über das Französische Gelbbuch und die eigentlichen Ursachen des Ersten Weltkriegs: Georges Demartial, *Die drastische Fälschung* (176 S., €17.-) In dieser atemberaubenden Untersuchung stehen die einseitige Schuldzuweisung an Deutschland durch die Siegermächte und die Verlogenheit der französischen und englischen Diplomatie im Vorfeld des Kriegsausbruchs 1914 im Mittelpunkt. Doch Linke aller Couleur haben wie schon in früheren Fällen zum Sturm gegen dieses unbequeme Buch aufgerufen, und Amazon ist diesem Ruf wie selbstverständlich gefolgt und hat das Buch einfach gelöscht, obwohl es nicht indiziert oder verboten ist – also ein Akt gegen die Meinungsfreiheit und gegen die Meinungsvielfalt. Hier soll der freie Zugang zu Fachliteratur, die dem rotgrünen Mainstream widerspricht, unterdrückt werden. In seiner nächsten Ausgabe wird das *Freie Forum* das Buch ausführlich vorstellen.



## Hinweise und Mitteilungen

### Sekretariat der Gesellschaft für freie Publizistik:

Klosterhof 4 / D-34399 Wesertal · Tel.: 05572-7310

e-mail: gesellschaft-fuer-freie-publizistik@gmx.de

www.gfp-netz.de/ www.facebook.com/www.gfp-blog.de/

**Adresseänderung!** Wie oben ersichtlich, hat sich die postalische Adresse des Sekretariats (wegen Gemeindefusion) geändert mit neuer Postleitzahl und neuem Ortsnamen: 34399 Wesertal; Straßename und Hausnummer bleiben dagegen unverändert.

**Wir brauchen neue Leser und Mitglieder!** Zu diesem Zweck kann jeder Leser zusätzliche Exemplare des *Freien Forums* kostenlos beim Sekretariat anfordern und sie in ›gute Hände‹ geben. – In einigen Beiträgen weisen wir auf besonders leistungswerte Bucherscheinungen hin. Bei Interesse Bestellungen bitte an das Sekretariat der Gesellschaft für freie Publizistik richten! Mit jeder Buchbestellung fördern Sie die Arbeit der GfP!

### Zum Kopfschütteln in Corina-Zeiten

In Gemeinschaftsunterkünften weigern sich immer mehr illegale Zuwanderer, die Quarantäne-Vorschriften einzuhalten, und es kommt immer öfter zu Ausschreitungen und zu Großaufgeboten der Polizei wie beispielsweise am 16. 3. im südthüringischen Suhl. Nun glaubt Günter Burkhart, Geschäftsführer von ›Pro Asyl‹ die Lösung gefunden zu haben. Das Problem an Gemeinschaftsunterkünften sei, daß die Betroffenen »isoliert und ohne sozialen Anschluß am Rande von Ortschaften leben«. Deshalb wolle man Migranten nun näher an die angestammte Bevölkerung bringen und »aus Gründen der öffentlichen Gesundheitsvorsorge« sie in durch die Corona-Krise ohnehin leer stehenden Hotels unterbringen. Finanziert soll das großangelegte Verwöhnprogramm selbstverständlich vom Steuerzahler. Ob sich renitente Asylsuchende an Kontaktverbote und Quarantäne-Vorschriften halten werden, wenn sie in einem (Luxus-) Hotel residieren, mag dahingestellt sein. Daß es in der jüngsten Vergangenheit in zahlreichen Asylunterkünften bestätigte Fälle von Covid-19 gegeben hat, interessiert ›Pro Asyl‹ offenbar nicht. (Quelle: *Anonymous News*, 25. 3. 20)

### GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK

Konto für Beiträge  
und Spenden:

IBAN: DE 0861 2901 2003 9361 2007

Beilagenhinweis:

Prospekt der Klosterhaus-Versandbuchhandlung

**DAS  
FREIE  
FORUM**

Herausgegeben von der Gesellschaft für freie Publizistik e. V., München. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Martin Pfeiffer. Erscheint vierteljährlich. Nichtmitglieder erhalten das Heft für 4 Euro Spende. Mitglieder erhalten es automatisch. Abdruck mit Quellenangabe frei.

Versand: Klosterhaus-Verlag, 34399 Wesertal